

Brücke keine Ausweichstrecke

Hagedorn: Landesregierung und Gädechens fallen der Region in den Rücken

Fehmarn – Die ostholsteinischen Bundestagsabgeordneten Bettina Hagedorn (SPD) und Ingo Gädechens (CDU) schenken sich derzeit in der politischen Auseinandersetzung nichts, wenn es um die Beantwortung der Frage geht, wer nach Fertigstellung des neuen Sundtunnels die Baulast für eine zur Kreisstraße heruntergestufte Fehmarnsundbrücke tragen soll. Gädechens sieht den Bund in der Verantwortung, für den Kreis Ostholstein in die Bresche zu springen, Hagedorn zeigt auf Kiel und Landesverkehrsminister Claus Ruhe Madsen (CDU).

Gädechens hatte Hagedorn jüngst vorgeworfen, gegen die Interessen der Region zu arbeiten, indem sie das Land auffordere, die Baulast zu übernehmen, wenn weiterhin die Möglichkeit einer Übernahme durch den Bund bestehe. Ih-

rem CDU-Kollegen schreibt Hagedorn ins Notizbuch: „Wer sich dafür ausspricht, dass nach der Eröffnung des geplanten Sundtunnels künftig die Fehmarnsundbrücke als Ausweichstrecke für Schienengüter- und Autoverkehr genutzt werden sollte, stellt sich radikal gegen die Lärmschutzinteressen der Menschen in Ostholstein und fällt der zwölfjährigen Arbeit des Dialogforums für übergesetzlichen Lärmschutz in den Rücken. Wenn Ingo Gädechens sich den Vorschlag der Landesregierung zu eigen macht, die Sundbrücke als Ausweichstrecke für den Güterschwerlast- und Autoverkehr in Bundesverantwortung zu halten, dann bedient er damit die finanziellen Interessen seiner Parteifreunde in Kiel.“

Hagedorn erinnert zudem daran, dass Verkehrsministerium und Deutsche

Bahn (DB) 2019 de facto entschieden hätten, einen Sundtunnel für den Schwerlast- und Autoverkehr zu bauen und die Sundbrücke für die Langsamverkehre wie Trecker, Mofas, Fahrräder und Fußgänger zu erhalten. Das sei von den Menschen in der Region einhellig begrüßt worden, „weil nur ein Sundtunnel mit zusätzlichem Lärmschutz den Krach der Güterzüge effektiv schlucken wird“.

Es sei auch gut, dass die DB nach 15 Jahren „Nichtstun“ mindestens 50 Millionen Euro in die Instandsetzung der Fehmarnsundbrücke investiere und „sie baulich nachhaltig gesichert ist“. Die SPD-Abgeordnete erinnert aber auch an ein DB-Gutachten aus dem Jahr 2012, in dem nachgewiesen worden sei, dass die Statik der Fehmarnsundbrücke „keine Güterschwerzüge tragen kann, ohne irrepara-

blen Schaden zu nehmen“. Die DB habe den Kommunen in einem Gerichtsvergleich auch zusichern müssen, „dass kein Güterzug über die Hinterlandanbindung fährt, solange der übergesetzliche Lärmschutz nicht überall – inklusive Sundtunnel – zu 100 Prozent baulich umgesetzt ist“.

Dennoch betreibe „Verkehrsminister Madsen – auch mit der Unterstützung von Ingo Gädechens – in geheimen Planungszirkeln in Kiel mit der DB hinter dem Rücken der Ostholsteiner eine Parallelplanung, die mit der Elektrifizierung der Sundbrücke und der Bäderbahn ermöglichen soll, dass die Güterzüge ab 2029 ohne jeden Lärmschutz durch unsere Region rauschen“, wirft Bettina Hagedorn den CDU-Politikern vor, die den Menschen nicht weiter „Sand in die Augen“ streuen sollten.